



Bundesministerium
des Innern

Dr. Günter Krings, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Christian Lange, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Herr
Siamak Ahmadi
Bundesgeschäftsführer der
Dialog macht Schule gGmbH
Prinzenallee 22
13359 Berlin

Berlin, 28. Februar 2018

Frau
Deidre Berger
Direktorin des Berliner Büros
des American Jewish Committee

Herr
Dr. Andreas Eberhardt
Vorstandsvorsitzender der Stiftung "Erinnerung,
Verantwortung und Zukunft"
Friedrichstraße 200
10117 Berlin

Frau
Judith Epstein
c/o Sigi GmbH & Co. KG
Theatinerstraße 40
80333 München

Herr
Jan Holze
1. Vorsitzender der Deutschen Sportjugend
im Deutschen Olympischen Sportbund
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main

Frau
Dr. Alexandra Kurth
Institut für Politikwissenschaft der
Justus-Liebig-Universität Gießen
Karl-Glöckner-Straße 21 E
35394 Gießen

Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Tel.: 030/18 681-11062
Fax: 030/18 681-11139
E-Mail: pstk@bmi.bund.de

Mohrenstraße 37
10117 Berlin
Tel.: 030/18 580-9010
Fax: 030/18 580-9048
E-Mail: pst-lange@bmjv.bund.de

Frau
Monika Lazar, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herr
Jens Maier, MdB


Frau
Aydan Özoğuz, MdB
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin
und Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Herr
Dr. Michael Parak
Geschäftsführer des
Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstraße 13 - 14
10785 Berlin

Herr
Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber
Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Fachbereich Nachrichtendienste
Abteilung Verfassungsschutz
Willy-Brandt-Straße 1
50321 Brühl

Frau Martina Renner, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Frau
Gabriele Rohmann
Vorstandsvorsitzende und Leiterin
des Archivs der Jugendkulturen e.V.
Fidicinstraße 3
10965 Berlin

Herr
Patrick Siegele
Direktor des Anne Frank Zentrum e.V.
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin

Herr
Andreas Stäbe
Geschäftsführer des Netzwerks
für Demokratie und Courage e.V.
Könneritzstraße 7
01067 Dresden

Frau
Dr. Klaudia Tietze
Geschäftsführerin des
Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremden-feindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Herr
Marian Wendt, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herr
Prof. Dr. Andreas Zick
Leiter des Instituts für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung
an der Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld

Sehr geehrte Damen und Herren des Beirates,

auf der BfDT-Beiratssitzung am 27. November 2017 wurde im Zuge der Beratungen zu den Preisverleihungen des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium des Innern gebeten, entsprechende Rechtsgrundlagen, insbesondere für die beabsichtigte Auszeichnung der Initiativen „Offenes Neukölln“ und „Edelweißpiratenfestival“ zu prüfen.

Als Ergebnis der gemeinsam von BMI und BMJV durchgeführten verwaltungsrechtlichen Prüfung möchten wir Ihnen folgendes mitteilen: Entscheidungen über Preisträger auf Grundlage der BfDT-Geschäftsordnung (GO) kommen durch entsprechende Abstimmungen im Beirat zustande.

Die verwaltungsmäßige Auszahlung der Preisgelder in Umsetzung der Beiratsbeschlüsse erfolgt über die bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) angesiedelte BfDT-Geschäftsstelle gemäß § 1 Abs. 3 GO vom 18. März 2013. Diese unterliegt der Fachaufsicht des BMI und damit entsprechenden Anordnungen und Erlassen, wie auch dem Erlass von Frau Staatssekretärin Dr. Emily Haber vom 5. Februar 2017 zur Verhinderung missbräuchlicher Inanspruchnahme staatlicher Leistungen durch extremistische Organisationen. Diesen Erlass fügen wir zu Ihrer Information diesem Schreiben bei.

Die Gewährung von Vorteilen an Organisationen und Personen, zu denen verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse vorliegen, steht gemäß o.g. Erlass im Widerspruch zu einer Strategie der ganzheitlichen Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus. Sie steht nicht im Einklang mit der auf die Stärkung der Inneren Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts gerichteten Politik der Bundesregierung.

Im Hinblick auf die Initiativen „Offenes Neukölln“ und „Edelweißpiratenfestival“ liegen verfassungsschutzrelevante Bedenken mit Blick auf die an diesen Initiativen mittelbar oder unmittelbar beteiligte Organisation „Interventionistische Linke“ vor. Darauf hat das BMI in der Beiratssitzung gemäß Mitschrift der Beiratssitzung vom 27. November 2017 bereits hingewiesen. Deswegen kann eine Auszahlung von Preisgeldern an diese Initiativen nicht erfolgen. Diesbezüglich wird seitens des BMI ein dementsprechender fachaufsichtlicher Erlass an die BpB und damit die BfDT-Geschäftsstelle ergehen.

Es ist das gemeinsame Anliegen des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu gewährleisten, dass staatliche Förderung und Anerkennung nicht, auch nicht mittelbar, extremistischen Gruppierungen zukommt.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigen die BfDT-Gründungsressorts zur nächsten Beiratssitzung am 19. März 2018 eine u.a. auch auf Vorschlägen aus dem Beirat basierende neue und überarbeitete BfDT-Geschäftsordnung vorzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

